

BGH-Leitsatz-Entscheidungen

Heute neu:

1. [StBerG, BOSTB: Anwerben von selbständigen Buchhaltern durch Steuerberater](#)
Urteil 14.10.2010, I ZR 95/09
2. [UWG: Wiederholungsgefahr bei unverlangten Werbeanrufen](#)
Urteil 05.10.2010, I ZR 46/09
3. [WEG: Bezeichnung der Parteien mit ladungsfähiger Anschrift](#)
Urteil 04.03.2011, V ZR 190/10
4. [RVG: Begriff der Angelegenheit im Presserecht](#)
Urteil 01.03.2011, VI ZR 127/10
5. [BGB, GG: Beitrag im Onlinearchiv über verurteilten Straftäter](#)
Urteil 22.02.2011, VI ZR 346/09
6. [WEG, ZPO: Parteiwechsel nach Anerkennung der Teilrechts- und Parteifähigkeit](#)
Urteil 10.03.2011, VII ZR 54/10
7. [BGB: Beweislast für Fehlschlagen der Nachbesserung](#)
Urteil 09.03.2011, VIII ZR 266/09
8. [BGB: fehlende Ankündigung der Modernisierungsmaßnahme](#)
Urteil 02.03.2011, VIII ZR 164/10
9. [GesO, InsO: Entlassung des Verwalters wegen charakterlicher Ungeeignetheit](#)
Beschluss 17.03.2011, IX ZB 192/10
10. [InsO: Beschwerde gegen abgelehnte Einberufung einer Gläubigerversammlung](#)
Beschluss 10.03.2011, IX ZB 212/09
11. [VerbrKrG: Kredit mit veränderlichen Bedingungen bei unechter Abschnittsfinanzierung](#)
Urteil 01.03.2011, XI ZR 135/10
12. [ZPO: rechtzeitige Erhebung der Einrede des Schiedsvertrages](#)
Urteil 08.02.2011, XI ZR 168/08
13. [BGB: Transparenz einer Selbstbehaltsklausel in Carsharing-Vertrag](#)
Urteil 23.02.2011, XII ZR 101/09
14. [BGB: ehebedingter Nachteil im Rahmen des Krankheitsunterhalts](#)
Urteil 02.03.2011, XII ZR 44/09
15. [BtMG: Einfuhr von Betäubungsmitteln auf dem Postweg](#)
Beschluss 15.02.2011, 1 StR 676/10
16. [StGB: Konkurrenzverhältnis bei Verabredung mehrerer Verbrechen](#)
Urteil 17.02.2011, 3 StR 419/10
17. [StPO, TKG: Verwendung und Verwertung von Telekommunikationsdaten](#)
Urteil 13.01.2011, 3 StR 332/10

Urteile und Beschlüsse:

1. StBerG, BOSTB: Anwerben von selbständigen Buchhaltern durch Steuerberater

Urteil 14.10.2010, I ZR 95/09

StBerG § 34 Abs. 2 Satz 2, BOSTB § 7

Ein Steuerberater verstößt nicht gegen § 34 Abs. 2 Satz 2 StBerG und § 7 BOSTB, wenn er selbständige Buchhalter ohne räumliche Beschränkung auf den Nahbereich seiner Kanzlei anwirbt. Die räumliche Entfernung zwischen der Beratungsstelle des verantwortlichen Steuerberaters und dem Ort, an dem der selbständige Buchhalter seine Tätigkeit als freier Mitarbeiter ausübt, ist für das Weisungsrecht, die Ausübung der Aufsichtspflicht sowie die berufliche Verantwortung des Steuerberaters nicht von entscheidender Bedeutung.

2. UWG: Wiederholungsgefahr bei unverlangten Werbeanrufen

Urteil 05.10.2010, I ZR 46/09

UWG 2004 § 7 Abs. 2 Nr. 2 Fall 1, ZPO § 253 Abs. 2 Nr. 2

a) Ein Verbandsantrag kann hinreichend bestimmt sein, auch wenn er im Wesentlichen am Wortlaut des § 7 Abs. 2 Nr. 2 Fall 1 UWG 2004 ausgerichtet und nur hinsichtlich des Begriffs der Einwilligung modifiziert ist.

b) Bei einem unverlangten Werbeanruf ist der auf Wiederholungsgefahr gestützte Unterlassungsanspruch nicht auf den Gegenstand des Werbeanrufs beschränkt, wenn bei dem Unternehmen, von dem der Werbeanruf ausgeht (etwa einem Callcenter), der Gegenstand der Werbung beliebig austauschbar ist.

3. WEG: Bezeichnung der Parteien mit ladungsfähiger Anschrift

Urteil 04.03.2011, V ZR 190/10

WEG § 44 Abs. 1 Satz 2

§ 44 Abs. 1 Satz 2 WEG verlängert zwar den Zeitpunkt, bis zu dem die Parteien nach § 253 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 4 i.V.m. § 130 Nr. 1 ZPO unter Angabe einer ladungsfähigen Anschrift zu bezeichnen sind, mildert aber die an die Bezeichnung zu stellenden Anforderungen nicht ab.

4. RVG: Begriff der Angelegenheit im Presserecht

Urteil 01.03.2011, VI ZR 127/10

RVG § 15 Abs. 2 Satz 1

Wird ein Rechtsanwalt beauftragt, gegen eine unrichtige Presseberichterstattung vorzugehen, so kann eine Tätigkeit in derselben Angelegenheit auch dann vorliegen, wenn sich die für den Betroffenen ausgesprochenen Abmahnungen sowohl gegen den für das Printprodukt verantwortlichen Verlag und den verantwortlichen Redakteur als auch gegen die für die Verbreitung der Berichterstattung im Internet Verantwortlichen richten.

5. BGB, GG: Beitrag im Onlinearchiv über verurteilten Straftäter

Urteil 22.02.2011, VI ZR 346/09

GG Art. 1 Abs. 1; Art. 2 Abs. 1; Art. 5 Abs. 1; BGB § 823 Abs. 1 Ah; § 1004 Abs. 1 Satz 2

Zur Zulässigkeit des Bereithaltens nicht mehr aktueller Beiträge in dem für Altmeldungen vorgesehenen Teil eines Internetportals ("Online-Archiv"), in denen ein verurteilter Straftäter namentlich genannt wird.

6. WEG, ZPO: Parteiwechsel nach Anerkennung der Teilrechts- und Parteifähigkeit

Urteil 10.03.2011, VII ZR 54/10

ZPO §§ 253 Abs. 2 Nr. 1, 319 Abs. 1; WEG § 10 Abs. 6

Werden vor Anerkennung der Teilrechts- und Parteifähigkeit der Wohnungseigentümergeinschaft die Wohnungseigentümer gesamtschuldnerisch auf Werklohn wegen Arbeiten am Gemeinschaftseigentum in Anspruch genommen, kann nicht allein wegen der Änderung der Rechtsprechung das Rubrum dahin berichtigt werden, dass die Wohnungseigentümergeinschaft verklagt ist. Es ist ein Parteiwechsel notwendig.

7. BGB: Beweislast für Fehlschlagen der Nachbesserung

Urteil 09.03.2011, VIII ZR 266/09

BGB § 323 Abs. 5 Satz 2, §§ 363, 434, 437, 440

Der Käufer einer Sache genügt seiner Beweislast für das Fehlschlagen der Nachbesserung durch den Nachweis, dass das von ihm gerügte Mangelsymptom weiterhin auftritt. Anders ist dies nur, wenn das erneute Auftreten des Mangelsymptoms möglicherweise auf einer unsachgemäßen Behandlung der Kaufsache nach deren erneuter Übernahme durch den Käufer beruht (im Anschluss an das Senatsurteil vom 11. Februar 2009 - VIII ZR 274/07, NJW 2009, 1341).

8. BGB: fehlende Ankündigung der Modernisierungsmaßnahme

Urteil 02.03.2011, VIII ZR 164/10

BGB § 559 Abs. 1

Die Mieterhöhung wegen einer tatsächlich durchgeführten Modernisierung ist nicht deshalb ausgeschlossen, weil der Vermieter die Modernisierungsmaßnahme nicht gemäß § 554 Abs. 3 BGB angekündigt hat.

9. GesO, InsO: Entlassung des Verwalters wegen charakterlicher Ungeeignetheit

Beschluss 17.03.2011, IX ZB 192/10

GesO § 8 Abs. 3 Satz 2; InsO § 59 Abs. 1 Satz 1

Ein Verwalter, gegen den der dringende Verdacht besteht, in einzelnen Insolvenzverfahren Vermögensdelikte zum Nachteil der Masse begangen zu haben, offenbart eine allgemeine charakterliche Ungeeignetheit für die Ausübung des Verwalteramts, die es rechtfertigt, ihn auch in anderen, von den Straftaten nicht betroffenen Verfahren aus dem Amt zu entlassen.

GG Art. 103 Abs. 1

Ein Gehörsverstoß kann grundsätzlich durch die Nachholung des rechtlichen Gehörs im Rechtsmittelzug geheilt werden.

10. InsO: Beschwerde gegen abgelehnte Einberufung einer Gläubigerversammlung

Beschluss 10.03.2011, IX ZB 212/09

InsO §§ 75 Abs. 1 und 3

Lehnt das Insolvenzgericht die Einberufung einer Gläubigerversammlung ab, so sind gegen diese Entscheidung nur diejenigen Antragsteller beschwerdebefugt, die auch das Einberufungsquorum erfüllen.

11. VerbrKrG: Kredit mit veränderlichen Bedingungen bei unechter Abschnittsfinanzierung

Urteil 01.03.2011, XI ZR 135/10

VerbrKrG § 4 Abs. 1 Satz 5 Nr. 1 Buchst. b Satz 2, VerbrKrG § 6 Abs. 2 Satz 2

Ein Kredit mit veränderlichen Bedingungen, bei dessen Abschluss der Gesamtbetrag aller vom Verbraucher zur Tilgung des Kredits sowie zur Zahlung der Zinsen und Kosten zu entrichtenden Teilzahlungen auf der Grundlage der bei Vertragsabschluss maßgeblichen Bedingungen anzugeben ist, liegt auch dann vor, wenn bei einer unechten Abschnittsfinanzierung ein endfälliger Festkredit mit einer Investmentfondsbeteiligung derart verbunden ist, dass die Tilgung des Kredits für die Laufzeit des Darlehens ausgesetzt wird und dafür außer einer Einmalzahlung monatliche Teilzahlungen auf die Fondsbeteiligung geleistet werden, die nach dem Anlagekonzept (hier: EuroPlan) später zur Rückzahlung des Kredits verwendet werden sollen.

12. ZPO: rechtzeitige Erhebung der Einrede des Schiedsvertrages

Urteil 08.02.2011, XI ZR 168/08

BGB §§ 305 ff., ZPO § 1032 Abs. 1, ZPO § 1032 Abs. 1

- a) Zur Auslegung einer in einem formularmäßigen Schiedsvertrag zwischen einem gewerblichen Terminoptionsvermittler und einem Anleger enthaltenen Klausel über die Geltung des Vertrags für Ansprüche des Anlegers gegen Dritte.
- b) Die Einrede des Schiedsvertrages ist nur dann rechtzeitig erhoben, wenn der Beklagte vor Beginn der mündlichen Verhandlung zur Hauptsache auch den Schiedsvertrag, auf den er die Einrede stützt, konkret bezeichnet.

13. BGB: Transparenz einer Selbstbehaltsklausel in Carsharing-Vertrag

Urteil 23.02.2011, XII ZR 101/09

BGB § 307 Abs. 1 Satz 2 Bb, Cl

Zur Transparenz einer Klausel in den allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Carsharing-Unternehmens, die im Schadensfall eine Haftung des Vertragspartners in Höhe eines vereinbarten Selbstbehalts vorsieht.

14. BGB: ehebedingter Nachteil im Rahmen des Krankheitsunterhalts

Urteil 02.03.2011, XII ZR 44/09

BGB §§ 1572, 1578 b

a) Im Rahmen des Krankheitsunterhalts nach § 1572 BGB kann sich ein ehebedingter Nachteil aus der Aufgabe der Erwerbstätigkeit wegen Kindererziehung und Haushaltstätigkeit während der Ehe ergeben, wenn deswegen die Voraussetzungen für eine Rente wegen voller Erwerbsminderung nicht erfüllt sind. Denn nach § 43 Abs. 2 Nr. 2 SGB VI haben Versicherte bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze nur dann Anspruch auf Rente wegen voller Erwerbsminderung, wenn sie in den letzten fünf Jahren vor Eintritt der Erwerbsminderung drei Jahre Pflichtbeiträge für eine versicherte Beschäftigung oder Tätigkeit gezahlt haben.

b) Auch wenn keine ehebedingten Nachteile vorliegen, ist eine Herabsetzung oder zeitliche Begrenzung des nachehelichen Unterhalts nur bei Unbilligkeit eines fortdauernden Unterhaltsanspruchs nach den ehelichen Lebensverhältnissen begründet. Bei der insoweit gebotenen Billigkeitsabwägung hat das Familiengericht das im Einzelfall gebotene Maß der nachehelichen Solidarität festzulegen, wobei vor allem die in § 1578 b Abs. 1 Satz 3 BGB aufgeführten Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind.

15. BtMG: Einfuhr von Betäubungsmitteln auf dem Postweg

Beschluss 15.02.2011, 1 StR 676/10

BtMG § 29 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 30 Abs. 1 Nr. 4

Die Einfuhr von Betäubungsmitteln auf dem Postweg ist nicht vollendet, wenn die Betäubungsmittel bei einer Zollkontrolle im Ausland entdeckt und aufgrund einer Absprache der ausländischen und der deutschen Zollbehörden im Wege eines bewachten Weitertransports nach Deutschland gebracht werden; insoweit kommt jedoch eine Strafbarkeit wegen einer versuchten Einfuhr - ggf. in Tateinheit mit vollendetem Handeltreiben mit Betäubungsmitteln - in Betracht.

16. StGB: Konkurrenzverhältnis bei Verabredung mehrerer Verbrechen

Urteil 17.02.2011, 3 StR 419/10

StGB § 30 Abs. 2, §§ 52, 53

Die Beurteilung des Konkurrenzverhältnisses richtet sich auch bei der Verabredung mehrerer Verbrechen für jeden Tatbeteiligten allein nach dessen Tathandlung(en) im Sinne des § 30 Abs. 2 StGB und nicht danach, in welchem konkurrenzrechtlichen Verhältnis die verabredeten Taten im Falle ihrer Verwirklichung gestanden hätten.

17. StPO, TKG: Verwendung und Verwertung von Telekommunikationsdaten

Urteil 13.01.2011, 3 StR 332/10

StPO § 100g, TKG §§ 113a, 113b

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2010 (1 BvR 256/08 u.a.) hat der Erhebung von Telekommunikationsdaten und deren Übermittlung zum Zweck der Strafverfolgung während der Geltungsdauer und nach Maßgabe der einstweiligen Anordnung vom 11. März 2008 nicht nachträglich die Rechtsgrundlage entzogen.

Die Verwendung solcher Daten im Strafverfahren durch ihre Einführung in die Hauptverhandlung und Verwertung im Rahmen der Urteilsfindung bleibt auch nach dem 2. März 2010 rechtmäßig.